

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

142 (22.6.1921)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 6.— M. einschl. 90 A Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Abzügen 4.50 M.; durch die Post bezogen 4.50 M. ohne Ausgabe- u. Zustellgebühr monatl. Einzelempl. 25 A. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: Vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Das Grubenunglück auf Zeche Mont Cenis

Bis heute 83 Tote — Man rechnet mit 150 Opfern

Mont Cenis, 21. Juni. Die Zahl der Opfer, die die furchtbare Schlagschlagkatastrophe auf der Zeche Mont Cenis in Solingen gefordert hat, ist jetzt endgültig festgestellt. Es wurden 79 tote und 72 verletzte Bergknappen zu Tage gefördert. Von den Schwerverletzten, die im Bergmannsheim in Bochum Aufnahme gefunden haben, sind bisher vier gestorben, sodas sich die Gesamtzahl der Toten auf 83 beläuft. Das Unglück entstand offenbar durch einen Sprengschuß in einem schlagwetterreichen Kohlenflöz, denn unmittelbar nach dem Losgehen des Schusses erfolgte eine zweite gewaltige Detonation, die Tod und Schrecken in die Reihen der Bergleute trug. Die Toten sind zum Teil entseelich verbrannt. Andere wurden durch die Gewalt der Explosion zerschmettert und furchtbar verstümmelt. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß ein Bergmann, der eine Viertelstunde vom Explosionsfeld eine Maschine bediente, gegen die Wand geschleudert und schwer verletzt wurde.

Bericht der Zecheverwaltung

Serne, 21. Juni. Die Zecheverwaltung gibt folgenden Bericht: In den ersten Abteilungen der 3. und 4. Sohle

der Bauabteilung in Schacht 3 der Zeche Mont Cenis ereignete sich in der gestrigen Frühlicht kurz vor 12 Uhr mittags eine starke Explosion, deren Ursache und Entstehung bis zur Stunde noch unbekannt ist. Der Explosionsstoß war so heftig, daß er bis in den Hauptwerkstrumpf vordrang und von hier aus auch die Nachbarreviere gefährdete. Auf dieser Sohle waren die giftigen Gase derart verdünnt, daß hier nur eine Reihe mehr oder weniger Leichtverletzte entstand. Dennoch sind auch hier zwei Todesfälle zu beklagen. Nach ehe die Rettungsmannschaften zur Stelle sein konnten, bemühte sich die alte bergmännische Treue gegen die Kameraden in Not. Es gelang auch auf dem vom Unglück betroffenen Flöz Gustav und bei dem Abbau der Strecken eine Reihe bewußtloser und verletzter Knappen zu bergen. Leider sind hierbei einige schwere Gasvergiftungen vorgekommen. Die sofort alarmierten Rettungstruppen der Zeche fuhren sofort ein und begannen mit der energischen Bekämpfung der ausgetretenen kleinen Brände und suchten das Gebiet nach Verbundenen ab. Inzwischen trafen auf Alarmnachrichten die Rettungstruppen der umliegenden Zechen ein und gingen ohne Verhinderung ans Werk, ohne die Gefahren und Schwierigkeiten zu achten.

Nach den letzten Meldungen von der Grube rechnet man auf der Zeche mit einer Gesamtzahl von 130 Toten und 60 Verwundeten.

Krise der Geschäftsordnung

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Am Freitag ging der politisch bedeutsamen Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning eine kleine Vorlesung zwischen einem nationalsozialistischen Kraweeler und einem kommunistischen Kaufmann voraus, am Samstag folgte ihr ein neuer Skandal, da die Kommunisten durch fortgesetztes Durcheinandergerill jedes Verhandeln unmöglich machten und einer von ihnen, nach dreimaligem Ordnungsruf vom Präsidium aus der Sitzung ausgeschlossen, sich weigerte, den Saal zu verlassen. Wieder war es Herr Kemmele, der sich mit noch billigeren Mitteln als etwa denen des „Wiesbadener Anzeigers“ zum Helben des Tages aufgeschwungen hat. Wieder gab es eine aufgehobene Sitzung und Verlust kostbarer Zeit.

Der Reichstag hat zu arbeiten. Die öffentliche Meinung soll ihm dabei helfen. Probleme, die für die Zukunft des Volkes von größter Bedeutung sind, sollen im Reichstag zur Lösung gelangen, nachdem sie dort und in der breiteren Öffentlichkeit ausgiebig erörtert worden sind. Man denke z. B. an die unersetzlich wichtige verhängnisvolle Bedeutung der Beschlüsse, die der Reichstag am letzten Donnerstag über den Abbau der Zwangsbevirtschaftung des Brotgetreides und das Umverfahren gefaßt hat. Man kam gar nicht dazu, sich recht um diese Beschlüsse zu kümmern, warum? Weil der Kemmele-Mittelmann-Skandal die Aufmerksamkeit auf sich zog. Ein Mietneuergeiz von einschneidender Bedeutung steht vor der Entscheidung, man hat aber wenig Zeit, sich darum zu kümmern, weil sich das Interesse auf den Kemmele-Skandal Nr. 2 konzentriert. Im Hintergrund stehen die gewaltigen Finanz- und Wirtschaftssorgen, die im Zusammenhang mit den übernommenen Erfüllungspflichten zu lösen sind. Der Reichstag hat das Recht zu verlangen, daß er von solchen ungeheuer wichtigen Aufgaben nicht durch üblichen Wirtschaftskandal abgelenkt wird. Selbst das sachliche Interesse an der unmittelbar zur Beratung stehenden Frage politisch hoch bedeutender Art, an den Vorgängen in Bayern und der Stellung des Reichs zu ihnen, wird durch diese öde Stänferei erschlagen. Statt einer konzentrierten, geistig hochstehenden Debatte darüber, die in einem Lage zu erledigen gewesen wäre, haben wir zehnjährige, zweimal stundenlang unterbrochene Verhandlungstage bekommen, ohne daß nur auch alle Parteien hätten zu Worte kommen können. Diese Woche sind noch drei Interpellationen zu erledigen, d. h. Debatten zu führen, die sich ihrer Natur nach zu einem sachlichen Beschluß — es wäre denn ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung — kaum verdichten können. Soll es bei diesen Debatten ebenso zugehen? Dann hätten die Steuerzahler ein Recht zu fragen, wofür sie eigentlich die Kosten für die Erhaltung einer Volksvertretung zu zahlen haben!

Die Reformbedürftigkeit der Geschäftsordnung des Reichstags ist schon lange allgemein anerkannt worden. Leider aber ist die Geschäftsordnungskommission mit ihren Arbeiten noch nicht recht vorwärts gekommen, und wenn der Fall Kemmele Anlaß gäbe, das Tempo zu beschleunigen, so könnte man das nur begrüßen. Der Reichstag muß Mittel finden, um sich ein solches Arbeiten zu ermöglichen. Dazu gehört nicht nur eine Erweiterung der Disziplinargewalt des Präsidenten, sondern auch ein Reglement, das die Erledigung bestimmter Materien in bestimmten Zeiträumen, möglichst macht.

Große Widersehlichkeiten gegen die selbst gegebene Ordnung des Hauses würde zunächst durch Diätenentzug in angemessener Höhe zu ahnden sein. Selbst wenn man annimmt, daß den „Märtyrern“ dieser neuen Strafbestimmung ihre Bußen aus irgend einer Rasse erlegt werden würden: bliebe die bremsende Wirkung solcher Strafbestimmungen bestehen, denn jeder Parteikassier wird Schwierig werden, wenn er für blödsinnige Zwischenrufe oder unzuständiges Benehmen von Parteimitgliedern immer wieder zu zahlen hat. Für die Reichskasse wäre aber der zeitweilige Diätenentzug, sei es auch eine kleine, doch eine angenehme Entlastung. Wer die Arbeiten der Reichsregierung systematisch stört, statt sie, wie es seine Pflicht ist, zu fördern, der kann nicht verlangen, aus der Reichskasse für diese Art von Mißverwaltung noch besonders entschädigt zu werden. Sollte dieses Mittel nicht ausreichen, so dürfte man auch vor strengeren, die natürlich nach allen Seiten unparteiisch anzuwenden sind, nicht zurückzusehen.

Die Beratungszeit der einzelnen Gegenstände muß einem allgemeinen Arbeitsverteilungsplan entsprechend festgelegt und die Redeseit für die einzelnen Fraktionen kontingiert werden. Auch hier müßte dafür gesorgt werden, daß Verstöße gegen diese Ordnung der Reichskasse zugute kommen.

Natürlich kann und darf nicht die Rede davon sein, daß eine Minderheit in ihren Rechten beschränkt wird. Die Beschränkungen, die sich das Haus selber auferlegt, müssen vollkommen gleichmäßig für alle Parteien gelten. Nur soll keine von ihnen das Privilegium besitzen, die sachliche Arbeit der Reichsregierung zu stören, ohne daß der Reichs-

Britische Reichskonferenz

Eine Rede Lloyd George's

London, 20. Juni. In der heutigen ersten Sitzung der britischen Friedenskonferenz, auf der die Premierminister der Dominions anwesend waren, hielt Lloyd George eine Rede, in der er ausführte: Die Entwaffnung Deutschlands kann als gelöstes Problem bezeichnet werden. Die deutsche Flotte ist verschwunden, ebenso die österreichische. Die deutsche Armee besteht nicht mehr; sie ist jetzt weniger als 100 000 Mann stark. Freilich bestehen noch einige Arten von irregulären Formationen, die wir noch nicht völlig erfasst haben. Es ist nicht so sehr die Schwierigkeit, die zur Beunruhigung Anlaß gibt, als vielmehr die Schwierigkeit, die wir aber, wie ich annehme, in sehr kurzer Zeit überwunden sein. Diejenigen von uns, die wissen, wie sehr Sieg und Niederlage auf des Messers Schneide stehen, können ohne Zögern erklären, daß ohne die zwei Millionen Mann, die von außerhalb des bereinigten Königreichs kamen, das Kreuzentum wahrscheinlich im Westen und im Osten triumphiert haben würde, bevor die amerikanischen Truppen an der Front eintraten. Doch hat die zwanglose Einheit des britischen Reiches England, Frankreich und die Zivilisation vor jener Katastrophe gerettet. Lloyd George fuhr fort, die Reparationsfrage sei ebenfalls gelöst; aber der Weltfrieden sei erst wieder hergestellt, wenn die Grenzen Polens feststehen und der Frieden mit der Türkei geschlossen sei. Freundschaftliches Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten sei der Hauptgrund für Englands. Japan sei ein treuer Verbündeter Englands gewesen und die britische Politik könne niemals irgendwelchen Unterschied zwischen Rasse und Zivilisation, zwischen Osten und Westen machen. Lloyd George erklärte weiter, es würden Jahre vergehen, bis die Folgen des Krieges überwunden seien. Es gebe europäische Länder, wo die Armut und Not groß seien. Trotz vieler entmutigender Dinge glaube er jedoch zuversichtlich, daß sich die Welt langsam durch alle Schwierigkeiten durcharbeiten werde. Es sei eine überaus ermutigende Tatsache in der internationalen Lage, daß eine mächtige Ungebuld gegen Alle bestehe, die aus irgendwelchen Beweggründen verjüngen, die Welt in einem Zustand der Unruhe und Empörung zu erhalten. Es sei immer größer werdende Ueberzeugung vorhanden, daß die Welt Frieden haben müsse, wenn sie jemals wieder gefunden wolle. Lloyd George erklärte zum Schluß, das britische Reich gründe sich nicht auf Gewalt, sondern auf den guten Willen und gegenseitiges Verständnis.

Die Nationen und Völker der Welt hätten ihre gegenseitige Abhängigkeit in weit größerem Maße als je vor dem Kriege eingesehen, und der Völkerverbund stehe als Zeuge für die Berechtigung dieser Wahrheit. Es könnten keine Vorschläge für die Wiederherstellung Europas und für einen dauernden Frieden gemacht werden, es sei denn auf der Grundlage der Annahme der Friedensverträge. Hier und dort könnten infolge neuer Verhältnisse mit Zustimmung aller Parteien Erleichterungen vorgenommen werden. Derartige Zugeständnisse seien erfolgt, und seiner Ansicht nach seien noch andere im Zuge. Wenn der Glaube an die Verträge nicht aufrecht erhalten werde, so werde die Aera der Unordnung, der wachsenden Not und des Krieges fortauern und die Zivilisation könne durch die Fortdauer solcher Verhältnisse gefährdet werden.

Bzüglich des Bündnisses zwischen Japan und England sagte der Premierminister: Wir wünschen diese wohlverprobte Freundschaft beizubehalten und auf die Lösung aller Fragen im fernem Osten anzuwenden, an denen Japan ein besonderes Interesse hat, und wo wir ebenso wie die Vereinigten Staaten gleiche Möglichkeiten und offene Tür wünschen. Es kann der Welt kein größeres Unglück widerfahren, als eine weitere Verschärfung in der Scheidung der Welt nach Westen. Das freundschaftliche Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten ist für uns ein Kardinalgrundsatz. Wir wünschen mit der größten Republik in allen Teilen der Welt zusammen zu wirken. Wir sind bereit, mit den amerikanischen Staatsmännern jeden Vorschlag zur Beratung der Räte zu erörtern, den sie vorzubringen wünschen, und wir können uns verpflichten, daß keine solchen Vorschläge einen Mangel an Entgegenkommen und Bereitschaft auf unserer Seite finden würden. Indessen verkenne ich nicht, daß die Macht zur See die Grundlage des Gesamtbestandes des Reiches bedeutet. Wir müssen daher die Maßnahmen in Betracht ziehen, die unsere Sicherheit erfordert. Mehr wollen wir nicht, können aber auch nicht mit weniger zufrieden sein.

Die deutschen Reparationszahlungen

Paris, 21. Juni. Nach einer Washingtoner Meldung des „Journal“ soll die amerikanische Regierung die Reparationskommission aufgefordert haben, Deutschland zu veranlassen, bei den Reparationszahlungen künftig die Ausstellung von Wechseln ausschließlich auf amerikanische Banken zu unterlassen.

Paris, 21. Juni. Wie der „Reit Parisien“ mitteilt, haben eine ganze Reihe kleinerer Staaten Anspruch auf einen Teil der von Deutschland zu leistenden ersten Reparationszahlungen erhoben. Die Reparationskommission hat bereits folgende Staaten mit ihren Forderungen abgemessen: Bolivien, China, Peru und Kolumbien. In Berücksichtigung gegeben worden sind die Forderungen folgender Staaten: Brasilien, Cuba, Griechenland, Liberia, Rumänien, Serbien, Siam und Tschechoslowakei.

Deutsche Proteste und der Völkerbundsrat

Genf, 21. Juni. Nachdem der Völkerbundsrat verschiedene öffentliche Sitzungen abgehalten hatte, behandelte er heute in einer geheimen Sitzung die Proteste der deutschen Regierung wegen der Anwesenheit der französischen Truppen und die Gerichtsbarkeit französischer Gerichte im Saargebiet. Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes Raoult verteidigte ausführlich die von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen und der Völkerbundsrat stimmte diesen Darlegungen zu. In einer Erklärung vor Pressevertretern revidierte Raoult die Anwesenheit französischer Truppen damit, daß diese keine Okkupationstruppen mehr seien, sondern Garnisonstruppen, und daß die von der deutschen Regierung laut Vertrag geforderte lokale Gendarmerie 400 Mann stark sein müßte, eine Zahl, die für das Budget zu kostspielig sei.

100 Millionen für Oberschlesien

Berlin, 21. Juni. (Privatelegramm). Nach einer Mitteilung der Blätter hat die Reichsregierung zur Linderung der dringendsten Not in Oberschlesien 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die durch einen besonderen Reichskommissar an die bedürftigen Kreise der in deutscher Hand befindlichen Gebiete Oberschlesiens verteilt werden sollen.

Deutsche U-Boote als Zielscheiben

Washington, 21. Juni. Das frühere deutsche Handels-U-Boot „Deutschland“, das 1918 in Baltimore einlief und jetzt auf der Höhe des Virginianparks als Zielscheibe benutzt wurde, ist dabei in den Grund geholt worden. Ein anderes deutsches U-Boot II 3, das gleichfalls als Zielscheibe gebraucht wurde, nahm dabei soviel Wasser auf, daß es auf die Seite gelegt werden mußte. Ein Teil befindet sich über, ein Teil unter Wasser. Alle Versuche es wieder flott zu machen, sind fehlergefallen.

Das neue österreichische Kabinett

Wien, 22. Juni. In der gestrigen Sitzung des Nationalrats wurde mit 98 Stimmen der Geschäftsplan und den Deutschen Bauernbündlern gegen 62 sozialistischen Stimmen das neue Kabinett genehmigt. Bundeskanzler Schöberl wird gleichzeitig Minister des Auswärtigen, während das Innere der großdeutsche Abg. Baber innehat. Neu besetzt sind das Handelsministerium mit Sektionschef Alexander Angerer, das Verkehrsministerium mit Sektionschef Dr. Walter Rosler, das Ackerbauministerium mit Sektionschef Dr. Leopold Gennet und das Ministerium für soziale Verwaltung mit Dr. Franz Bauer.

Entlassung des Jahrgangs 1919 in Frankreich

Die Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich. Paris, 21. Juni. Der Ministerrat hat die Entlassung der Reserveklasse 1919 beschlossen. Der Beschluß, der als Folge der Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland zu betrachten ist, wird amtlich damit begründet, daß die Klasse 1921 nunmehr genügend ausgebildet sei, um im Notfall mit der Klasse 1920 die Rechte Frankreichs zu wahren.

ns - Preise
e, Becher u.
en empfiehlt
Fränkle
schmied
Kaiserpassage
umt kommt in
ien
fleich
und 6-8 M.
4825
ftbank.

Quelle
nd Eier
rale
terbergstr. 3.
zeigen.
f
t Durlachs.
e, fezt in die
Arbeiter-Turn-
en und Pfalz
Durlachs sein
Spiel-
est.
Turngemeinde
erein, auf der
en Leistungen
macht, in den
Einwohner-
ens und des
enjo wird der
ung kommen.
offenandrang
enschaft, uns
quarieren zu
nmissionen heim
Schwizig-
nimm mit der
Schwander,
4825
l. Einwohner-
amt auch der
adt weiter in

usfsch.
rlach
n findet ab
8 Uhr ab
be
tr. Brann-
16.— 3M.
er 1.40 M.
rner:
eizers und
nähigt),
ge billig.
taufsstelle
rstand.

hafft
durch 16.
Erdal.
er, deshalb
durch
I
Hau, Hahn

tag ein Mittel besitzt, sich gegen solche Störungen zu wehren.

Wir vergessen keineswegs, daß unter dem Kaiserreich auch Sozialdemokraten im schweren Kampf mit den Geschäftsordnungen des Reichstags und der Landtage geraten sind. Im Polltariffkampf von 1902 bestritt die Sozialdemokratie dem liberalen Reichstag das Recht, einen neuen Polltariff zu beschließen, und forderte Neuwahlen auf Grund einer gerechten Wahlkreisordnung.

Zur Erhöhung der Kohlensteuer

Zunächst Heraushebung auf 25 oder 30 Prozent Die Reichsregierung wird in Kürze dem Reichstag ein Gesetz über die Erhöhung der Kohlensteuer vorlegen. Trotzdem die Wirkung einer Kohlensteuer auf das Wirtschaftsleben als folgenschwer anzusehen ist, kann die Regierung bei der Finanzlage des Reiches auf eine solche Erhöhung nicht verzichten.

Eine Erhöhung der Kohlensteuer auf 25 oder auf 30 Proz. (jetzt beträgt sie 20 Proz.) bedeutet natürlich noch keineswegs eine Annäherung der inländischen Kohlenpreise an das Niveau der Kohlenweltmarktpreise, die bisher in verschiedenen Auslassungen maßgebender Regierungsvertreter als das Ziel der verhängten Kohlensteuer bezeichnet worden war.

Drei Jahre Zuchthaus

Der Dortmunder Kommunist Wolf Weinberg ist letzter Tage wegen einer irgendwo gehaltenen Rede vom Ehrentage zum Zuchthaus verurteilt worden. Das Urteil stellt selbst unter den Urteilen der Sondergerichte, die uns an Ungeheuerliches gewöhnt haben, ein Gipfelstück dar.

Züllinger und seine Zucht

Die dreihundert Zütlinge, deren Vorführung einen nicht unwichtigen Platz im Programm eingenommen hatte, erhoben sich plötzlich aus ihrer gebückten Haltung, als ob sie nur auf ein Zeichen gewartet hätten. Und mit einem einzigen Ruckschrei schleuderten sie ihre Kreuze, ihre Gelbfäden, ihre mit gelben Früchten gefüllten Körbe auf die Oberdeutschen und brachen sich blutige Wunden. Sie schäumten und führten wie Tiger und geriet in den Schlingen der Oberdeutschen.

Die Sabotierung der Reichsagsbeschlüsse in der Prüfungsfrage

Es wird uns geschrieben: Die zwei Großorganisationen der Eisenbahner, der Deutsche Eisenbahnerverband und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner protestieren hiermit gegen das Vorgehen des Reichsverkehrsministeriums und der ihm unterstellten Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe in der Prüfungsfrage.

Obwohl der Reichstag seinerzeit bei Verabschiedung des Abfertigungsgesetzes ohne Ergänzungsprüfung erfolgen soll, wird von der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe im Auftrage des RMK wie es heißt, der Prüfung von der Abfertigung einer Ergänzungsprüfung für alle Beamtengruppen abhängig gemacht.

Von den beschäftigten Verwaltungen werden insbesondere die Gruppen IV-VII betroffen, denen man, außer einer Ergänzungsprüfung noch das Besoldungsdienstalter in der Besoldungsgruppe VI mit ihrem Besoldungsdiener in Gruppe IV bringen lassen will, wodurch die betreffenden Beamten durchschnittlich um 1500 M gegenüber früher geschädigt werden.

Angesichts solcher Maßnahmen ist es jedenfalls verständlich, wenn es in der Beamtenchaft gärt und dieselbe nicht zur Ruhe kommen kann. Daran aber, daß dies nicht möglich ist, trägt nur die Regierung die Schuld, was hiermit mit aller Deutlichkeit festgestellt werden muß.

Badische Politik

Finanzierung des Reparationsanlaß. Von den 350 Millionen Mark der Reparationsanlaß-G. sollen 200 Millionen durch Länder und Körperschaften aufgebracht werden und 80 Millionen durch private Zeichnungen der Industrie, Banken, Elektrizitätsgesellschaften usw.

Gründung der Reichs-Rüstungsgesellschaft. Wie wir von zuvoriger Seite erfahren, haben gestern die abschließenden Verhandlungen in Stuttgart zwischen den Gründern der Reichs-Rüstungsgesellschaft zu voller Übereinstimmung geführt. Das gesamte Gründungskapital von 800 Millionen Mark ist gezeichnet.

Valutafestsetzung und Grundstücksverkehr. In den unter obiger Überschrift veröffentlichten Artikel hat sich ein Mißverständnis eingeschlichen. Der Einhaber desselben rechnete den Wert des von dem Amerikaner mit Dollar gekauften Hauses in Goldmark um, stellte diesem Goldmarkwert von 7700 M das jährliche Mietertragnis von 7704 M gegenüber, ohne einzusehen, daß dieses Mietertragnis nicht in Goldmark, sondern in Papiermark gezahlt wird; sodas hier ein naturgemäß völlig falsches Bild von dem Verhältnis zwischen Hauswert und Mietertragnis entstehen mußte.

Die Wurgelbahn. Vom Bau der Wurgelbahn wird dem "Schwarzwälder Boten" u. a. geschrieben: Auf württembergischer Seite sind die Unterbauarbeiten des Hofstettenerbachs bis in die Gegend des Sägemehls Hornberger nahezu vollendet. Zur Zeit wird in diesem Abschnitt noch an der Fertigstellung des Durchstichs durch den Bergvorsprung bei der Kapelle gearbeitet.

tungen und Sprengungen gelöst werden. Mit Vollendung dieser Arbeiten sind auf württembergischer Seite 8 Kilometer des Bahndamms von insgesamt 11 Kilometer fertiggestellt. Auf badischer Seite mußte vor Beginn des eigentlichen Bahnbaues die Schifferwaidstraße auf dem rechten Ufer zwischen dem Bahnhof Kammungach und dem Wurgelbach bei Kirjckmungen vollständig neu gebaut werden, weil die alte Straße größtenteils unter die neue Bahn zu liegen kommt. Nachdem die neue Straßenbreite nunmehr in der Hauptfache fertiggestellt ist, konnte vor einigen Wochen mit den Bauarbeiten an der Bahn selbst begonnen werden.

Aus der Partei

Lebensfeier für Georg Pfeiffe. Montag nachmittag wurde Genosse Georg Pfeiffe zur letzten Ruhe bestattet. Zu der Beerdigung des Verstorbenen hatte sich eine große Trauergemeinde eingefunden. Oberbürgermeister Dr. Kuser, die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Strobel und Hahn, Landtagsabgeordneter Jhrig und mehrere Stadtverordnete sprachen Worte der Anerkennung für die Lebensarbeit des Verstorbenen.

Gewerkschaftliches

Zurücknahme der geplanten Textilarbeiterausperrung Nachdem nun in allen Textilbetrieben die Arbeit wieder aufgenommen wurde, hat der Arbeitgeberverband beschlossen, den Aussperrungsbeschluss wieder zurückzunehmen, sodas die Aussperrung unterbleiben wird.

Arbeitsniederlegung der Schreineressellen in Kehl Die Schreineressellen in Kehl stehen seit einiger Zeit, um die Löhne den örtlichen Verhältnissen anzupassen, in einer Lohnbewegung; die Herren Arbeitgeber haben sich bis jetzt noch nicht bemüht gefügt, mit den Arbeitern in Verhandlungen einzutreten. So blieb den Schreineressellen nichts anderes übrig, als die Arbeit niederzulegen. Zugug ist ferngehalten.

Soziale Rundschau

Zur Anerkennung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen

Man schreibt uns: Das schlechte Gewissen jedenfalls veranlaßt das Hauptverorgungsamt Karlsruhe zur Vorbereitung eines Entschuldigungs-gestammels in der Presse wegen dem langsamen Fortschreiten der Anerkennungsarbeiten.

Zammerlicher hat sich die totale Unfähigkeit der früheren Offiziere für die Tätigkeit im Versorgungsamt wohl noch mehr gezeigt wie bei der Durchführung des neuen Reichsversorgungsgesetzes. Wir zweifeln nicht daran, daß die Beamten und Angestellten der Versorgungsämter ihre Pflicht voll tun. Aber die Kommissare, Regierungs- und sonstige Räte im Versorgungsamt, die niemand anders sind als die Obersten, Majore usw. der ehemaligen Wehrmacht, sind in ihrer Aufgabe nicht bemüht zu sein. Das Hauptverorgungsamt hat im Laufe der letzten Zeit an die ihm unterstellten Versorgungsämter Weisung ergehen lassen, täglich nur 5-7 Rentenstellen (!) zur Umberatung einzuführen. Schier unglaublich, aber wahr. Diese Anordnung kann man nicht anders bezeichnen als einen Schandakt auf dem Kriegsoffer. Das Hauptverorgungsamt begründet seinen Ungehörigkeit damit, daß dort täglich etwa 30 Umberatungen bearbeitet werden könnten! Und dabei haben wir in Baden allein etwa 15 000 Schwerkriegerbeschädigte und mindestens ebensovielen Reichsbeschädigte. Danach würde es etwa 3 1/2 Jahre dauern, bis die Kriegsbeschädigten wenigstens vorläufig die ihnen bereits seit April 1920 zustehenden Versorgungsgebühren erhalten werden. Sind die Herren in der Volkstreu wirklich so naiv, zu glauben, daß die Kriegsbeschädigten noch lange die Folgen der totalen organisatorischen Unfähigkeit ruhig hinnehmen. Wenn es nicht bald anders wird, muß mit eisernen Fesseln ausgefesselt werden in den Zimmern der leitenden Beamten (sies Offizieren!) des Hauptverorgungsamts Karlsruhe.

Es ist eine Unverschämtheit fonderbar, wenn das Hauptverorgungsamt die Schuld seiner geringen Leistung den häufigen persönlichen Besuchen der Versorgungsbeamten zuschreiben. Weil diese jetzt anfangen, unruhig zu werden, will man mit Verschuldigungsartikeln nachhelfen. Die Kriegsoffer wissen aber, woran es fehlt und werden danach handeln.

wenig zu berichten. Er wollte aber den Dalbling Züllinger leidhaftig gesehen haben. Das war unglücklich. Was war denn freilich noch unglücklicher! Die Zütlinge konnten sprechen, sie hatten einen Teil der sonst überaus berechtigten Arbeiter verführt, kurz, hier lagen Geheimnisse vor, die abergläubische Gemüter mit Entsetzen hätten erfüllen können.

Aber die Oberdeutschen waren nicht abergläubisch. Sie rangen zwar höchst betrüblich die Hände über dieses Mißgeschick, das ohne Zweifel einen niederdrückenden Einfluß auf die allgemeine Wirtschaftslage haben mußte, dann jedoch ballten sie die Hände zu Fäusten. Sie berechneten die Anzahl der Zütlinge und der aufständischen Arbeiter. Es konnten sich kaum mehr als ein Viertelhunderttausend Zütlinge und vielleicht zehn- tausend Arbeiter auf Anobes Werten versammelt haben. Man hatte ja glücklicherweise noch einige Züge der Empörung auf offener Straße zum Stehen gebracht und mit Gasgranaten erschossen.

Die Rebellen besaßen Waffen, wahrscheinlich wußten sie aber damit nicht umzugehen. Die Handhabung der Waffen war seit langer Zeit ein ängstlich gehütetes Vorrecht der Oberdeutschen. Es mußte also gelingen, diesen Weitenfchwarm zu vernichten. Dies bedenkend erholten sich die Oberdeutschen von ihrem Schreck und rüsteten sich mit aller Umsicht zum Kampfe.

18. "Das geht großartig!" frohlockte Stephanie, als ein Zütlingszug nach dem andern einließ. Züllinger war nicht so frohen Mutes, er hatte Angst vor den Folgen seiner Kühnheit. "Das beste wird sein," so sagte er zu den Anführenden der Aufwiegler, "wir warten nicht, bis die Oberdeutschen kommen. Wir sehen uns alle zusammen auf die Bahn und fahren ab ins Ausland. Die böhmischen Wälder sind uns am nächsten." Die Arbeiter aus der Wälder waren sofort damit einverstanden. Der Fahrplan war schnell gemacht. "Ich bleibe," sagte Stephanie. "Wir bleiben auch!" sprachen die Zütlinge. "Aber ihr guten Leute!" redete Züllinger auf sie ein. "Nicht einen von den Anobes haben wir erwählt; nicht die Frau, nicht das Töchterchen und nicht den Aletn. Und den Artikelson auch nicht. Ich sehe nicht eher, als bis ich diesem Anobes die Augen ausgetropft habe," trostete Stephanie.

(Fortsetzung folgt.)

der Brust ihrer Brüder. Die unerblickten Zütlinge zerstreuten sich und versuchten ihre verwundeten Gefährten aufzurichten. Dabei achteten sie nicht der Schüsse, die jetzt von den Tribünen auf sie fielen; zumehr unkundig der Fernwirkung der Feuerkraften schrien sie nur verwundert auf, wenn ihnen eine Kugel das Fleisch zerriß.

Und jetzt erschien Anobes als Retter des Vaterlandes. Er hatte gleich zu Beginn des Gemehls, jetzt im Setzen froh über seinen Platz im Hintergrunde, den Wagen gemeldet und war im Galopp auf den Ausgangsort des Festzuges zurückgefahren. Dort standen fahrtsbereit, um dem feste Sicherheit zu geben, zwei Minimaxwagen. Hatte nicht Züllinger vor einem Jahre den Riechbrand der ersten Zütlinge mit dem Minimax gelöst? Also los! Er sprang selber in den ersten der feuersicher gepanzerten Kraftwagen; der Weg war jetzt einigermaßen frei. Das, was noch vor Minuten des Gemehls wegen ganz unmöglich gewesen wäre, war jetzt kein großes Kunststück mehr.

Die beiden Strihen fuhren vor, die Zütlinge ahnten zwar den neuen Feind und warfen sich den Wagen entgegen, aber die wohlgezielten Schüssen machten sie vollends verunsichert. Im Nu ergoß sich von den Tribünen eine frischermütige, empörte Menschenflut herunter auf den Festplatz, und rühmlos starben die Zütlinge, hingeschleudert wie Samen und zum Schluß von den Hundeln der Damen zertrampelt.

Aber das Fest war häßlings beendet. Ein großes Wehklagen begann, die Kränen der Hinterbliebenen flossen ins Blut der Erschlagenen. Götterkinder kam zitternd aus seinem Versteck hervor und entkam sich dem Wogen der Ranzel. Bald freilich wurde der Ingrimm größer als die Nieder-geschlagenheit. Wilde Worte sprangen von Mund zu Mund.

Man konnte sich das unermutete Unheil immer noch nicht erklären. Bestimmte Nachrichten fehlten noch, die Fernleitungen waren zerstückt und das war kein gutes Zeichen. Ein paar eingetroffene Funkprüche klärten die Lage nicht auf. Es wurde Abend, ehe man die ganze Größe des Unheils erfuhr.

Die Zütlinge hatten sämtliche Werte, in denen sie beschäftigt worden waren, zerstört, die Sicherheitsmächten ermordet und die Waffen geraubt. Ein großer Teil der Arbeiter war zu ihnen übergetreten, sie hatten sich der Bahnhöhe bemächtigt, hatten Züge zusammengestellt und waren davongefahren.

Allen Anzeichen nach waren die Anobeswerke der Herd des Aufzuges. Dorthin waren die Zütlinge gefahren, von dort war nicht die geringste Nachricht zu bekommen, Anobes Diener, der sich auf dem Rad verflüchtete hatte, wußte auch nur

Deutscher Reichstag

Berlin, 21. Juni.

Am Regierungstisch Dr. Birth, Schiffer. Präsident Noebe eröffnet die Sitzung um 120 Uhr und macht Mitteilung von dem Ableben des Abg. Aderhold (unabh. Soz.). Er spricht ferner den Angehörigen der auf der Feste 'Mont Cenis' bei Herne verunglückten Bergleute das herzlichste Beileid des Reichstages aus. Ein Antrag des Reichsministers des Innern zur Genehmigung der Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten von den Kerkhoff (D.R.) wegen Steuerhinterziehung, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen, nachdem Abg. Schulz-Bronberg (D.R.) gebeten hatte, von einer Ausführlarung abzusehen, um eine möglichst baldige Aufklärung des Falles vor Bericht herbeiführen zu können.

Auf der Tagesordnung stehen dann zwei Interpellationen Bruhn (D.R.) und Stresenann (D.Volksp.), sowie ein Antrag Dr. Petersen (Dem.) und Müller-Franken (Soz.); ferner ein Antrag Aderhold (Unabh.), die alle die Regierung auffordern, und die endgültige Beschlußfassung des Reichstages vorsehen, die Ergänzungsprüfung für die Sekretäre der der Aufklärung auf Besoldungsgruppe 6 und 7, fallen zu lassen. Abg. Leberenz (D.R.) begründet die Interpellation. Der Reichstag hat mit großer Mehrheit die Beschlußfassung abgelehnt. Das Kabinett hat sich aber einstimmig dafür erklärt. Die Erregung in der Beamtenschaft ist groß. In Berlin sind bei der Besoldungsprüfung der Oberpostdirektion Militäranwärter im Alter von 63, 65 und 68 Jahren durchgefallen. (Hört, hört!) Die Regierung hat sich über einen ausdrücklichen Beschluß des Hauses hinweggesetzt. Dagegen erheben wir Einspruch.

Abg. Morath (D.Volksp.) bedauert die Haltung des Kabinetts gegenüber der Einstimmigkeit des Reichstages. Reichsfinanzminister Dr. Birth: Die Interpellationen entsprechen in ihrem Kern den Auffassungen, die ich seit einem Jahre vertreten habe. Das Antragsrecht soll ohne jede Kränkung stattfinden. Ich habe mich damals der Auffassung des Kabinetts gefügt. Das Kabinett hat sich aber heute noch in diesem Sinne, denn eine Reformmaßnahme kann nicht von heute auf morgen einfach über den Haufen geworfen werden. Wir hätten die frühere Regierung desavouieren können, haben es aber nicht getan. Das Mißtrauensvotum, das in den Interpellationen enthalten ist, richtet sich nicht gegen die gegenwärtige, sondern gegen die frühere Regierung. Wir werden die Prüfung nicht aufheben, denn das würden die Gesprüchen als Unrecht empfinden. Die Deutsche Volkspartei verlangt weiter, daß die Beamten rückwirkend vom 1. April 1920 in Oberstabsstellen übergeführt werden. Darüber werde ich mich mit Ihnen im Ausschuss gern unterhalten und sichere für die Beamten weißes Entgegenkommen zu. Ich glaube, daß wir den ganzen Reichstag in dieser Frage einigen, und den Beamten eine günstige Meinung entgegenbringen können.

Die Besprechung wird auf Antrag des Abg. Schiele (D.R.) geschlossen. Eingegangen ist ein Antrag der Deutsch-Nationalen, wonach die Erklärung des Reichsfinanzministeriums der Auffassung des Reichstags nicht entspricht. Abg. Steinbock (Soz.) bezeichnet die Stellung der Reichsregierung in der Prüfungsfrage als nicht glücklich. Abg. Bernsd (Unabh.) wirft den Reichsregieren vor, sie führten eine Komödie auf. Zunächst seien sie die Urheber der Besoldungsprüfung. Abg. Dellus (Dem.): Die Interpellationen waren unnötig; Anträge sind nützlich. Diese Prüfung ist unangebracht, daher ist die Erregung der Beamtenschaft begründet. Abg. Dr. Hüffe (Ztr.): Die Förderung dieser Angelegenheiten ist Sache des Hauptauschusses. Die parteipolitische Agitation sollte hier ausschalten. Abg. Wietner (Komm.): Die Nichtbeachtung des Reichstagsbeschlusses ist ein Verfassungsverstoß. Die Abg. haben sich nicht an dem Reichstagsbeschlusse gehalten. Die Abstimmung über das von den Deutsch-Nationalen eingebrachte Mißtrauensvotum findet auf Antrag Müller-Franken (Soz.) erst morgen statt. Die Anträge über die Ergänzungsprüfung gehen an den Hauptauschuss. Das Abkommen zwischen Deutschland, Polen und Danzig über den freien Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenso wird der deutsch-polnische Annuerungsvertrag gleichfalls in zweiter und dritter Lesung genehmigt. Angenommen werden die deutsch-sibirischen Vereinbarungen über die

Wiederherstellung des Friedenszustandes, das deutsch-französische Abkommen über die Erstattung der von Esch-Lohringen geleisteten außerordentlichen Kriegszugaben und das Abkommen mit den alliierten Hauptmächten über die Festsetzung einiger Abschnitte der Grenze des Saargebietes. Der Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für 1921 geht an den Ausschuss. Das Reichsmietengesetz wird dem Wohnungsausschuss überwiesen. Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues.

Die Abgabe beträgt 5 Prozent des Nutzungswertes (Mietwert). Die Abgabe soll zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedelungen verwendet werden und sich nur auf Gebäude beziehen, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind.

Reichsarbeitsminister Dr. Braun: Die Vorlage ist das Ergebnis einer Wahl zwischen mehreren Uebeln. Sie bedeutet aber eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Notgesetz vom 18. Februar 1921. Innere Gründe, die für die Vorlage sprechen, sind die Verjüngung der Wohnbevölkerung und die Beseitigung der Bauverweigerung, die nach wie vor durch große Zuschüsse ermöglicht werden können. Bei Freigabe des Wohnungsmarktes müßte dagegen mit einer erheblichen Steigerung der Mieten gerechnet werden. Das würde auf wenig soziale Zustände hinauslaufen. Im übrigen müßte jede Art von Sozialisierung des Wohnungswesens, sofern sie die Kosten der Neubauten aufbringen will, mit einer Steigerung der Einzelmiete verbunden werden. Die insofern unserer Gebietsentwicklung steuerfähige Wohnungsmiete muß zunächst der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Dem Antrag der Sozialdemokraten, öffentliche Bauten nicht in Privateigentum übergeben zu lassen, oder durch Vermietung oder Verkauf übermäßig auszuheben zu lassen, kann die Regierung zustimmen. Dagegen ist der unabhängige Antrag, wonach Sozialhäuser usw. von der Abgabe ausgenommen werden sollen, für die Regierung unannehmbar. Die Entschließung der Deutschen Volkspartei, die bestimmte Vorschläge über die Verwendung der Wohnungsabgabe enthält, ist im übrigen bereits durch das Gesetz erledigt. Auch die Anträge der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Nationalen, Erleichterungen für den Gewerbebetrieb und landwirtschaftliche Anwesen zu gewähren, bittet die Regierung abzulehnen. Die Regierung erachtet vielmehr um Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs, weil er in seiner gegenwärtigen Fassung der Förderung des Wohnungswesens und der Minderung der Arbeitslosigkeit durch Wiederbelebung der Bautätigkeit am besten zu dienen vermag (Beifall).

Abg. Gutschmidt (D.Nat.): Die bisherigen Maßnahmen zur Hebung der Bautätigkeit sind ohne Erfolg geblieben, obwohl die Regierung bislang 54 Milliarden zur Wohnungsherstellung zur Verfügung stellte. Die Grund- und Gebäudesteuer ist ungerecht. Für den gewerblichen Mittelstand bedeutet das Gesetz eine ungewohnte Belastung. Erst die Freigabe des Wohnungsmarktes kann wirksame Abhilfe schaffen. Die Zwangsversteigerung wirkt auch hier hemmend.

Abg. Silberstein (Soz.): Der Gesetzentwurf ist lediglich eine Folge der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit. Aus der Unterstützung der Bautätigkeit durch Staatsmittel ergibt sich, daß auch das Besitzrecht an den Wohnungen ein Recht der Allgemeinheit sein muß. Eine Regelung der Wohnungsnot ist nur durch völlige Neuorganisation des Wohnungswesens möglich. Die jetzige Zwangsversteigerung würde bei unveränderter Weiterführung bald einen Zusammenbruch unseres gesamten Wohnungswesens zu Folge haben. Die Frage des Wohnungswesens kann nur vom Reich und vom Standpunkt der Solidarität durchgreifend zugunsten des gesamten deutschen Volkes gelöst werden.

Abg. Dr. Marech (D. Sp.): Die Minderung der Wohnungsnot ist nur durch Behebung der privaten Bautätigkeit möglich. Bereits ein Viertel der sämtlichen Neubauten bedarf staatlicher Zuschüsse. Eine Sozialisierung des Baugewerbes ist ausgeschlossen. Die Neubauten in Angriff genommen werden, sollte man die Mietwohnungen ausbauen. Die rückständigen behördlichen Eingriffe in das Privatleben durch Abtrennung von Wohnungsräumen muß unbedingt eingestellt werden. Wir stimmen der Vorlage im Ganzen zu.

Abg. Kunert (Unabh.) verwirft alle diese Vorschläge als Strohweil. Wir lehnen den Gesetzentwurf ab. Volkswirtschaftliche Gründe sind das Gebot der Stunde.

Abg. Hübemann (Komm.): Das Wohnungswesen hat Opfer gefordert, die an Zahl die Kriegsjahre bereits übersteigen. Nur die Diktatur der Proletariats kann Deutschland retten.

Abg. Frau Lang-Brumann (D. Sp.): Ein Vorschlag zur Einkommenerhebung wäre insofern zweckmäßig gewesen, als sich dann eine soziale Umwälzung von selbst ergeben hätte.

Abg. Fahr (Dem.) wendet sich gegen die kommunistischen Ueberhebungen. Man sollte das kapitalistische System nicht verdammen, denn es hat noch reichlich Wohnungen zu billigen Mietpreisen zur Verfügung gestellt. Das Gesetz ist ein Fortschritt; nehmen Sie es daher an (Beifall). Damit schließt die Aussprache. Der grundlegende § 1 wird angenommen.

Abg. Frau Dr. Ras (D. Sp.) beantragt, daß öffentliche Unternehmungen, die einen Gewerbebetrieb zum Gegenstand haben, nicht abgabefrei sein sollen, weil sonst die Privatunternehmungen benachteiligt würden. — Der Antrag wird abgelehnt. — Ferner ist ein Antrag Herrg (D.Nat.) eingegangen, wonach öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Verkehrsanlagen, Markthallen, sowie Schlachthäuser abgabefrei sein sollen. — Abgelehnt wird der unabhängige Antrag, Volks- und Gewerkschaftshäuser frei zu lassen. — Bei § 8 begründet Abg. Benthien (D. Sp.) einen Kompromißantrag auf Einfügung eines § 8a, wonach die oberste Landesbehörde bestimmen kann, daß anstelle der Abgabe Steuern vom Grundbesitz oder Zuschläge erhoben werden können, welche annähernd denselben Ertrag liefern müssen. Reichsarbeitsminister Dr. Braun erhebt Bedenken gegen diesen Antrag. — Dieser wird trotzdem angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes mit einer Entschließung zur Förderung des Wohnungsbaues auf dem Lande.

Das Haus verläßt sich darauf auf Mittwoch 1 Uhr. Interpellation Trimborn über das Grubenunglück bei Bern, keine Vorlagen, namentliche Abstimmung über den deutsch-nationalen Mißtrauensantrag, 3. Lesung der Wohnungsabgabe. Schluß gegen 8 Uhr.

Kelstentrat

Berlin, 21. Juni. Der Kelstentrat des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem Arbeitsplan der nächsten Zeit. Bei den Beratungen des Nachtragsplans sollen nur die Änderungen besprochen werden, damit diese Staatsberatungen noch vor den Sommerferien erledigt werden können. In die geordneten Staatsberatungen soll dann im Herbst eingeleitet werden. Hiernach wird der Reichstag vielleicht schon am 2. Juli seine gegenwärtige Tagung beenden können.

Die Vereinigung von Baden u. Württemberg

Donauwüchinger, 20. Juni. Unter dem Vorhitz des Bürgermeisters Fischer-Donauwüchinger fand gestern nachmittag hier eine Versammlung statt, in der die Vereinigung von Baden und Württemberg besprochen wurde. Eingeladen hatten dazu die badischen und württembergischen Grenzstädte; erschienen waren etwa 200 Freunde und Gegner der Vereinigung. Prof. Gndrecht, Mannheim hielt den einleitenden Vortrag und trat für eine Verhinderung der Vereinigung ein. Soweit er unterrichtet sei, werde die preussische Regierung nicht gegen diese Vereinigung stimmen. Er glaube nicht, daß die Vereinigung bald zustande komme; es sei aber falsch, mit der Vereinigung noch zu warten. Unbedingt müsse davor gewarnt werden, die Frage zu einer parteipolitischen zu machen, dafür sei sie zu bedeutsam. Die Frage würde aber schneller erledigt, als man glaube, denn die Milliardenkosten zwingen zu der Vereinigung. Es zeige sich in allen Fragen, daß Württemberg alles nehmen und nichts geben wolle. Dadurch würde in Baden die Begeisterung für die Vereinigung einen Dämpfer erhalten. Der Redner behandelte dann die Redarternationalität und bemerkte, erst wenn die Grenzen einmal gefallen wären, sei einigermaßen Aussicht vorhanden, daß ein gemeinschaftliches Wirtschaftsgefüge zur Geltung käme. In der Eisenbahnfrage, in den Finanz- und Verkehrsfragen zeige sich, daß die Vereinigung notwendig sei. Wenn Baden und Württemberg vereinigt würden, käme Bayern viel eher zur Verständigung. Diese müsse kommen, um die politische Weiterentwicklung in Deutschland zu fördern. Schon eine große Vereinfachung sei es, wenn nicht mehr zwei Landtage, zwei Ministerien und zwei oberste Verwaltungsstellen beständen. Von den obersten Beamten in Württemberg abgesehen. Die Frage der Hauptstadt sei eine Frage des freien Volkswillens. Versteht sich, daß Stuttgart in der Hauptsache die Hauptstadt sein müsse, wenn es Hauptstadt bleiben, zugunsten Karlsruhe auf seine Technische Hochschule verzichten und auch das obere Verwaltungsgericht müsse nach Karlsruhe kommen. Dafür könne man sich nicht entscheiden, daß der Landtag bald in Stuttgart und bald in Karlsruhe tage.

Minister a. D. Dietrich führte aus, daß er kein Freund von Plänenachern sei. Wenn man die Frage der Vereinigung

Die Kinderstadt Heuberg

Von Hermann Winter

Meine erste Heubergfahrt machte ich im Februar 1915. Das Vaterland rief, und alle, die einen Befehlshaber ergaßten hatten, kamen. Zunächst in die Festhalle nach Karlsruhe; treu behütet von einem Ringe Landsturmmänner mit aufgesetztem Seitengewehr und geladener Pistole! Treulich geführt hernach nach dem Hauptbahnhof zur Fahrt nach einem unbekanntem Wohn. Ein Abschiednehmen von den Angehörigen, eine noch rasche Erledigung dringender Geschäfte ward nicht mehr gestattet; über das Ziel der Fahrt wurde von den Transportmannschaften strengstes Stillschweigen beobachtet. In früher Morgenstunde, nach einem Marsche in bitter kalter Nacht durch schneehellen Schnee, war das Ziel erreicht: Der Heuberg, Badiß Sibirien! — Ueber den Betrieb dieses Militärlagers während der Kriegsjahre erzählt sich, viel zu sagen. Wer Soldat war, weiß, was sich hinter den Mauern dieses Zuchthauses in den 4 Jahren abspielte. Die Flüche und Verwünschungen Kaufmänner und Aktertaufender geschwunden, gelagter, gewählter und gefolterter Menschen ruhen auf den kalten, nüchternen Steinbänken, auf den endlosen Gergier- und Lebnungsplätzen, ruhen auf diesem typisch preussisch-deutschen Militärbetriebe, in dem hochfahrende, dübelhafte Offiziersklassen, sabbisch-graue Feldwebels- und Unteroffiziers-Wollust und borniert-unwissende Ärzte-Gewissenlosigkeit an hilf- und wechlosen Soldaten sich auslobten. Wenn irgendwo das Wort des Dichters: 'Ihr, die Ihr eintraktet, lasset alle Hoffnung draußen', mit vollster Berechtigung anbringen war, so wäre es hier über der Eingangspforte dieses Militärlagers gewesen. Diese weltabgeschnittene Enklave, fern aller Kultur, war ja auch in Verbindung mit verrohten und beritzten militärischen Vorgesetzten wie geschaffen, aus den Menschen, die dorthin zur 'Erziehung' ausgeliefert wurden, in wenigen Wochen die willenlosen Werkzeuge zu machen, die der Militarismus für seine blutige Arbeit brauchte. Und all das Schwere und Bittere, das Grauliche und Scherzliche, das der Krieger dann draußen im Felde erlebte, es vermochte nicht das Gemeine und Niedertätliche auszulösen, das ihm auf dem Heuberg angetan worden. 'Heuberg, du Mörder meiner Jugend', so lautet die häufigste der zahllosen Inschriften, die jetzt noch in den Baracken und Kammern zu finden sind. Ein kurzes, aber wahres Soldatenwort! —

an den Kindern über, die einst hier oben gefangen und gehungert, gelitten und — gemeint haben. Aus dem Militärlager ist eine Kinderstadt geworden. Wo einst in überfüllten Stuben Soldaten die müden Glieder streckten, da ruhen jetzt lebensfrohe, sorglose Kinder; wo einst rauhe und barocke Kommandoworte erklangen, da löst jetzt heiteres Lachen, da marschiert jetzt die Jugend mit fröhlichem Riede dahin. Der Jugend gehört jetzt der Heuberg. — Und wie ganz anders schaut er jetzt aus! Obgleich es doch dieselben Baracken, dieselben Plätze, dieselben Höfen und Täler sind, obgleich doch dieselbe Sonne herunterbrennt und derselbe rauhe Wind übers Gelände bläst! Das Kinderlachen ist es, das all das rauhe wegweischt, das jede trübe Erinnerung vertreibt. Der Frohsinn, die Lebenslust der Kinder haben aus der rauhen, kalten, nüchternen Soldatenstadt eine freundliche, idyllische Gartenstadt gemacht. Aus dem Würber der Jugend ist der Helfer und Helfer der Jugend geworden. —

Wie gerne fährt man jetzt hinauf nach Badiß-Sibirien! Wie jubelt und singt es schon in den Bahnhofshallen, wenn die Scharen der erholungsbedürftigen Stadtkinder mit ihren Vätern und Müttern anmarschieren kommen, und sie gleich ihre von fürsorglicher Hand bereitgestellten Wagen und ihre Plätze vorfinden. Da schwindet die letzte ängstliche Sorge von Vater und Mutter, wenn sie sehen, wie Alles so gut vorbereitet ist, wie gleich freundliche Frauen und Mädchen sich der Kleinen, die nun zum ersten Male hinaus in die weite Welt fahren sollen, annehmen. Und wenn dann noch bei der Abschied aus laufend Kinderlesten die schönen Abschieds- und Heimatlieder erklingen, da kann kein Heimweh und kein Trennungsdampf aufkommen. Ein 'Mannemer' zog zwar leihum die Kollene, aber sicher nicht aus Heimweh nach dem Redartrande, sondern nur aus dem turnerischen Bedürfnis heraus, auch im Zuge Stimmung zu üben; wenn der Automotiführer diese turnerische Begleitung nicht verstehen wollte, so ist das eben seine Schuld, die Mannemer können 'nig doasor'! — Und dann diese Fahrt durch die badischen oder württembergischen Lande! Ueber die Höhen des Schwabwaldes oder durch die Schönheiten Schwaben-Württembergs. Nicht fast genug sehen kann sich das Auge an all den prächtigen Bildern, an den Herrlichkeiten der Natur, die da in buntem Wechsel vorüberziehen. — Als Soldat fuhr ich einst diese Streden — damals sah ich von alledem nichts! — Am Abend ist das Ziel erreicht! Mädchen mit Blumen im Haar, Lebensfreude lachend aus den Augen, selber noch blühende Jugend erwarten an der Endstation ihre Pfleger- und Schützlinge, denen sie nun für 4 Wochen Pflegerin, Mutter, Spielgefährtin und Lehrerin — von den Kindern werden sie 'Tanten' genannt — sein werden; ohne lange Vorstellungs-

wird gleich Freundschaft geschlossen, einen Huben rechts an der Hand, einen Huben links an der Hand, ein Mädel rechts und eines links umfaßt, so marschiert die Tante, nachdem das Gepäck auf einen Oghenwagen verladen, mit ihren 15 Kameraden oder Kameradinnen, ihrer nunmehrigen neuen Familie, durch den Wald die Höhe hinauf, durch Steilen a. L. M., also einmal am 24. Juni — das genaue Datum stammt von einem Heubergener Redartraleimer — eine Weiz erfor, nach der Kinderstadt Heuberg. Ein warmes, gutes Quatereffen wartet schon in der blumigen- und süßgeruchvollsten Stube auf die neuen Ankömmlinge und schon fühlen sie sich heimlich und verwahrt; und glücklich und zufriedenen schläft das junge Menschenkind in der sauberen Militärbettstelle seinen ersten Schlaf, 900 Meter über dem Meere, — in derselben Bettstelle, in der vielleicht einmal sein Vater weniger glücklich, weniger zufrieden seine mühen Glieder ausruhte. — Die 4-6 Wochen der Erholung verlaufen ziemlich gleichmäßig. Spielen und Wandern und Essen sind die Hauptbeschäftigungen der Jugend. Wo früher die Korporalschaften und Kompagnien auszogen zum Gergieren oder Felddienst, da kommen jetzt die frohen, heiteren, lachenden und singenden Gruppen der Kinder mit ihren Führerinnen des Wegs. Ein trauriges, wehleidiges Gesicht sieht man auf dem Heuberg nicht mehr. 3000 Kinder beherbergt zur Zeit diese Kinderstadt, Kinder aus allen Ländern Deutschlands, nicht nur aus Baden und Württemberg, die natürlich am stärksten vertreten sind, sondern auch Preußen, Sachsen, Hessen, das Saargebiet, die Rheinlande und auch Oesterreich sind auf dem Heuberg vertreten, aus Koblenz, Halle, Leipzig, Bismarck, Saarbrücken, Trier, Wien sind Kinder gekommen. Bieleicht wird aus diesem deutschen Kindererholungsheim einmal ein internationales Kinderheim, ein Stätte, von der das Kind den internationalen Solidaritäts-, Verbrüderungs- und Menschheitsgedanken in die Welt trägt, damit er, frühe gepflanzt, fester Wurzel schlägt und sich fester verankert als es bei den Vätern der Fall war. —

Das Bewundernswerteste in dieser Kinderstadt ist ihre Organisation, der Aufbau und die Leitung. An der Spitze steht ein Mann, der mit glänzenden organisatorischen Fähigkeiten ausgestattet in der kurzen Zeit des Bestehens des Heims trotz vieler Schwierigkeiten bereits einen Musterbetrieb geschaffen hat. Herr Professor Dr. Gajpar ist Leiter des Heims, ein Mann, der mit der Energie und dem festen Willen des zielbewußten Organisations- und Führers auch die frohe, jonnige Gelterkeit des guten Vaters und Freundes verbindet, der Allen ein Führer und ein Freund ist; der Dup des jähren aber auch lebensfrohen Schwabens. Unter seiner Leitung wurde dieser Betrieb aufgebaut, organisiert und verwaltet. Und es ist wahrlich keine leichte Arbeit, die da zu leisten war und noch zu leisten

Ich mußte diese kurze militärische Erinnerung an Selbstlebendes vorausschicken, wenn ich den Gegensatz zwischen einst und jetzt in seiner ganzen Größe schärfen will. Der Heuberg hat Vieles zu sühnen, wieder gut zu machen. Und er führt es

Aus der Vorstadt

Geschichtskalender

22. Juni. 1919 Die Nationalversammlung beschließt die Unterzeichnung des Gewalt-Friedensvertrags. — 1920 Austritt der Sozialdemokraten aus der württembergischen Regierung.

Karlsruher Parteinachrichten

Die Vereinigung von Württemberg und Baden gibt das Thema, über das Gen. Minister Dr. Engler in der Hauptversammlung des sozialdem. Vereins heute abend sprechen wird. Wir erlauben unsere Parteimitglieder, recht zahlreich zu erscheinen, da das Problem der Vereinigung beider Staaten von großer Bedeutung für die Arbeiter- und Beamtenchaft ist. Die Versammlung findet im oberen Saale des Konzerthauses statt und beginnt um 1/8 Uhr.

Versammlung der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

In einer gut besuchten Versammlung am letzten Mittwoch beschäftigten sich die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit dem neuen Landeslohnabkommen, Reichsmanteltarif, den Gefahren des Wirtschaftstages und dem Treiben der Reaktion.

Kollege Fröhlich erstattete Bericht über den einseitigen Entwurf des Lohnabkommens. Dieser Bericht löste eine lebhafteste Diskussion aus, bei der auch noch Spezialwünsche der Verhandlungskommission mit auf den Weg gegeben wurden. Kollege Koch berichtete über den Reichsmanteltarif, sowie über die Einführung einer neuen Ruhegeldberechtigung für städt. Arbeiter. Zum Reichsmanteltarif führte Redner aus, daß er mit Ausnahme einiger unwesentlichen Verbesserungen für Baden, auch einige Verschlechterungen in sich birgt. Die auf der Gaulouferstraße in Freiburg angenommenen Anträge sind keineswegs berücksichtigt worden. Daß innerhalb unserer Mitgliedschaft eine scharfe Opposition sich geltend macht, ist ohne weiteres zu verstehen. Die Durchführung der Reichsmanteltarifbewegung entspricht keineswegs den demokratischen Grundgedanken. Die Zukunft wird es lehren, daß der Kampf um die Neugestaltung des Reichsmanteltarifs weit schärfer geführt werden muß, als um die Bezirksstarke, da der Abschluß der Bezirksstarke nur auf der Grundlage und den Voraussetzungen des Reichsmanteltarifs, soweit allgemeine und soziale Bestimmungen in Frage kommen, erfolgt. Bei aller Opposition, die zweifellos ihre Berechtigung hat, darf nicht übersehen werden, daß der Reichsmanteltarif für einen wesentlichen Teil unserer Kollegen im Reich Verbesserungen bringt. Die Solidaritätspflege erfordert es, daß man zugunsten der sich Besserstellenden seine Bedenken zurückstellt. Ueber die Neugestaltung der Ruhegeldberechtigung berichtete Kollege Koch eingehend. In der an die beiden Berichte sich anschließenden Diskussion wurden, soweit der Reichsmanteltarif in Frage kommt, die Ausführungen der Referenten zum Teil unterstützt, zum Teil aber auch einer scharfen Kritik unterzogen, vor allen Dingen der Teil, der für ein kleineres Ruhegeld, wohl aber Nachteile erbringt. In der Auffassung, daß bei derartigen Bewegungen die Verteilung im Sinne der Ausführungen des Referenten erfolgen müßte, war man sich in beiden Lagern klar. Im Punkt Ruhegeldberechtigung wurde kritisiert, daß eine solche für die Beamten bereits durchgeführt sei, nur die Arbeiter seien immer das fünfte Rad am Wagen. Die Arbeiterchaft fordert dringend, daß eine Verschleppung in der Angelegenheit erfolge, und zwar, daß die für die Beamten geltenden Grundzüge auch für die Arbeiter in Betracht kommen müssen. Der Willensausdruck der in der Diskussion zum Ausdruck kam, läßt darauf schließen, daß die Arbeiter alles daran setzen werden, das zu erreichen, was man ihnen den Beamten gegenüber vorenthalten hat. Die Haltung der Stadtverwaltung läßt bei den Arbeitern den Gedanken auf, daß man die Beamten pousiert und die Arbeiter niederhält. Die Organisationsleitung wird beauftragt, sich im Gemessen der städt. Arbeiter um die Dinge ganz energisch anzunehmen.

Im Punkt Verbandsangelegenheiten hielt Kollege Koch ein instruktives Referat über die Gefahren des Wirtschaftstages und die Bestrebungen der Reaktion. Redner geißelte scharf das Verhalten der bürgerlichen Parteien, die es als ihre höchste Aufgabe erklären, die noch vorhandenen winstigen Rechte der

Arbeiter zu frangulieren. Die Vorgänge in Bayern sind der Gradmesser, mit welcher Freiheit die Reaktion ans Werk geht. Der Nord in München, verübt an Gareis, ist ein politischer Nord. Die gesamte Arbeiterschaft muß sich in geschlossener Front den Plänen der Reaktion entgegenstellen. „Bereit sein“ muß die Lösung der Arbeiterfrage sein.

Nachdem noch eine Entschließung angenommen wurde, die von der Organisationsleitung fordert, bei den kommenden Verhandlungen mit allem Nachdruck die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zu vertreten, in der weiter zum Ausdruck kommt, daß auch die Kollegen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihrem Rechte Geltung zu verschaffen bereit sind, konnte die Versammlung, die auch Rosenkranz über sich ergehen lassen mußte, vom Vorsitzenden geschlossen werden.

* Eine Führung durch den Stadtpark fand gestern nachmittag für die Mitglieder des Stadtrates, des Bürgerausschusses und die Vertreter der Karlsruher Presse statt. Der Stadtpark prangt zur Zeit in seiner ganzen Schönheit und Blütenpracht. Die schöne Volk-Anlage mit ihren abwechslungsreichen Blumenbildern, er einzig schöne Rosengarten mit seinen Tausenden hübschen und duftenden Rosen ziehen den Besucher immer wieder an, die Schönheit dieser Blumenpracht lassen jedermann die Schwere des Alltags vergessen. Karlsruhe kann stolz sein auf diese einzig stehenden Anlagen, wie ja auch feststeht, daß der Stadtpark der schönste Garten Deutschlands ist. Er ist ein Anziehungspunkt nicht nur für die Einheimischen, sondern auch für jeden Fremden, der die Stadt besucht. Es ist deshalb berechtigt, wenn die Stadtväter und Stadtmütter stolz sind auf dieses Kleinod unserer Stadt und von dem Geschaute wohl befrachtet waren. — Im Anschluß an die Führung fand ein gemütliches Beisammensein im neuen Weinsaal des Stadtparks statt.

— Verkehrsperre. Die Annahme von Massentransporten, die im Durchzug durch Oettersheim (z. B. nach Ungarn) laufen, in Gruppen von mehr als 10 Wagen, von einer Verbandsstation nach der gleichen Empfangsstation über die Hebergrange, Salsbach und Salsburg ist gesperrt. Die Annahmestelle für Stationen der Nordhausen-Bernigeroder Eisenbahn ist aufgehoben.

— Die vertriebenen Esch-Lothringer und das Entschädigungsrecht. Die Vereinigung der Esch-Lothringer verdrängen Handel- und Gewerbetreibenden, Ortsgruppe Karlsruhe, hielt eine Versammlung ab, in der Herr de Noos-Heidelberg, der 2. Vorsitzende des Schutzverbandes Esch-Lothringer in Frankfurt a. M. über das Entschädigungsrecht referierte. Im Anschluß daran wurde folgende Entschädigung angenommen: Die Vereinigung schließt sich in jedem Wort der vom Hilfsbündnisverband und von den berechtigten Schutzverbänden in Frankfurt gefassten Protestresolution an. Die Vereinigung Karlsruhe verlangt vor allen und unter allen Umständen Befreiung der Redigierereinkünfte aus dem Verdrängungsschadengesetz, das schon genügend an und für sich einschneidende Bestimmungen enthält. Es muß weiter unter allen Umständen festgestellt werden, daß das Wort „Gebrauchsgegenstände“ in § 14 durch das Wort „Sachen“ ersetzt wird. Auf Warenvorräte sind in gewissem Umfang Zuschläge zu bewilligen. Endlich muß nicht allein entschädigt werden, wenn der Verlust wieder aufgenommen wird, sondern wenn die Entschädigungsumme zur Wiedererlangung einer wirtschaftlichen Tätigkeit notwendig ist. Die Vereinigung in Karlsruhe bittet auf das allerdringendste, die sämtlich aufgestellten Forderungen die an für sich genügend Einsparungen und große Schäden für die Verdrängten bedeuten, reiflos in das Gesetz hineinzubringen, da wir sonst rückfalls der Verelendung mit unseren Familien anheimfallen. Die hierstehende Resolution, welche auch ein Schmerzensschrei an unsere Herrn Abgeordneten ist, bitten wir dringend, entsprechend würdigen zu wollen.

Johannisfeier. Ein weitholler Rauber heiligt den Juni im Volksglauben. Bist er doch die Höhe des Jahres, den Tag, an dem, wie unsere Vorfahren wußten, der Sonnengott mit seinen Sonnenpferden den höchsten Punkt am Himmel erreicht. Er rittet dort einige Tage und stützt aus seinem reichen Füllhorn Glang und Segen über die Fluren. Dann aber muß er umkehren und die Sonnenbahn wieder abwärts fahren. Ihm zu Ehren veranstalteten unsere Ahnen das Sommerfest, „Johannis“, oder „Johannisfeier“. Von jeher bildete auch in Badens Hauptstadt die „Johannisfeier im Stadtpark“ einen Höhe-

punkt der sommerlichen Feste. Mit den Jahren hat sie sich zu einer wirklichen volkstümlichen Veranstaltung ausgebildet und mit Ungeduld erwarten alljährlich Tausende und Abertausende jene Juninacht, wo dem Sonnengotte gehuldigt wird. Gemiß werden sich auch kommenden Freitag abend wieder eine Fülle von Menschen draußen auf der in Rosenpracht schmelzenden Städte treffen, um den lieblichen Weisen zweier Musikkapellen zu lauschen und sich an dem Brillanfeuerwerk, an dem wunderbaren Arrangement vollendeter pyrotechnischer Künste, an den lodenden Flammen des Johannistheuers und an der anschließenden bengalischen Beleuchtung der Gartenanlagen zu ergötzen. Möge der Wettergott diesmal ein Einsehen haben und die nötigen Voraussetzungen schaffen zum Gelingen der glanzvollen Feier.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Wilhelm Barth von Büding, Mechaniker hier, mit Anna Laug von Spod. Rudolf Bippes von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Paulina Glodner von hier. Alois Waidel von Eschelkonn, Fabrikarbeiter hier, mit Elisabeth Oberst von Gerlik. Hans Wulf von Büding, Lehrer in Büding, mit Elisabeth Schmitt von hier. Adolf Sutter von hier, Kolporter und Dekorateur hier, mit Lina Kleiber von Durlach.

Eheschließungen. Otto Weinger von Linfenheim, Kaufmann hier, mit Emma Hebele von Kirchheim u. L.; Adam Engler von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Lina Günther von Linfenheim. Bernhard Weinberger von Wormditt, Magazinarbeiter hier, mit Maria Jehod v. Döhligen; Karl Schmitt von Heidelberg, Verwaltungsassistent in Durlach, mit Elise Berner von hier; Albert Busch von Durlach, Maler in Durlach, mit Bertha Seeger von hier; Oskar Huber von hier, Bahnarbeiter hier, mit Irma Rauinger von hier; Eduard Donsel von Eingen, Koffpraktikant hier, mit Camilla Kern von hier; Adolf Neu von hier, Versicherungs-Inspektionsbeamter hier, mit Elisabeth Fuchs von Gauß. Christian Zahn von Rellingen, Schußmann hier, mit Luise Mayer von Oberader. Erich Haugenstein von Bernbach, Referendolomtdräger hier; mit Emilie Volk von hier. Arthur Schöler von Rönigsberg, Kaufmann in Berlin-Wilmersdorf, mit Johanna Gock von Rönigsberg. Wilhelm Gerbrecht von Hamm, Geschäftsführer hier, mit Martha Goldt von hier. Friedrich Braunnath von hier, Maschineningenieur hier, mit Karolina Friedmann von hier. Ludwig Stuh von Gröbdingen, Referendolomtdräger hier, mit Stefanie Karcker von Hörden. Ernst Kraus von hier, Eisenbahnassistent hier, mit Hilde Roth von hier. Otto Leist von hier, Steinbruder hier, mit Anna Meiser von hier. Heinrich Scherer von hier, Schlosser hier, mit Helena Schäfer von Poffenrot. Friedrich Haig von hier, Elektromonteur von hier, mit Frieda Gutt von hier.

Todesfälle. Egon Joseph Friedrich, V. Josef Kamp, Rechnungsinspektor. Karl Walter, V. Nikol Scheuch, Politassistent. Anneliese, V. Georg Helfer, Maler. Etie, V. Johannes Günther, Kraftwerkverwalter. Bruno, Heinz Karl, V. Hermann Weidemann, Kaufmann. Rosmarie, V. Karl Köbber, Regierungsbaumeister. Ludwig, V. Ludwig Guggenheim, Kaufmann. Helmut Gottlieb, V. Jakob Vuhles, Polizeiwachmeister. Wilhelm, V. Stefan Benz, Vädermeister. Berena Maria, V. Alfred Bracht, Kaufmann. Ruth, V. Adolf Schellenberg, Vädermeister. Adelheid Hildegart, V. Richard Mäyer, Kuffler. Margarete, V. Karl Deuber, Kaufmann. Erwin Julius, V. Julius Gomer, Bahnarbeiter. Herbert Oskar, V. August Franz, Bediener. Ruth Käthen, Elisabeth, V. Gustav Romoser, Kaufmann. Walter Wilhelm Otto, V. Wilhelm Dürr, Büroassistent. Walter Anton, V. Leopold Kolb, Köchle. Maria, V. Hans Rembaum, Kraftwagenführer. Dina Grifa, V. Heinrich Kattermann, Jementeur. Heinz Verthold Günther, V. Karl Morgenstern, Oberregierungsinspektor. Eugenie Kelly Veria, V. Franz Dantes, Straßenbahnwagenführer.

Todesfälle. Josef Schellhammer, Zugführer, Chemann, alt 56 Jahre. Albert Eitlinger, Banlier, Chemann alt 64 Jahre. Karl Reich, Revisor a. D., Witwer, alt 79 Jahre. Juliana Reichenbäder, alt 49 Jahre, Ehefrau von Jakob Reichenbäder, Mechaniker. August Kull, Kutscher, ledig, alt 26 Jahre. Luise, alt 17 Tage, V. Adolf Kappeler, Gipsler. Karl, alt 1 Monat 18 Tage, V. Karl Reinert, Bautechniker. Emma Albrecht, alt 48 J., Ehefrau von Karl Albrecht, Kaufmann. Martin Wunisch, Köchle, Chemann, alt 40 Jahre. Wilhelm Bollmer, Privatmann, Chemann, alt 83 Jahre.

Futter-Artikel
Nur 1a. Ware:
Weizenkleie pro Pfd. 1.25
Mischfuttermehl pro Pfd. 95 S.
Maischrot garant. nichts entzogen Pfund 1.75
Gerissenes Ma's pro Pfd. 1.70
Maisfuttermehl pro Pfd. 1.20
Körnerfutter für Hühner pro Pfd. 1.75
ferner:
Pistamais, Mixedma's, In weißes Bohnenmehl, Sesamkuchen, Leinsamen, Melassefutter, Trockenschulz, Hirse Futterkalk, Heu, Stroh, Häcksel etc.
alles in nur erstklassiger reeller Ware.
Beste Einkaufsgelegenheit für Wiederverkäufer u. Großabnehmer zu Vorzugspreisen.
W. F. Pfeiffer
Karlsruhe
Angartenstr. 74
Telephon 5544.

Ein Baumwolltuch
gute Qualität, ca. 82 cm breit, gediebt Farbe, zu 10. — ber. 10. —
Der Herr Knaben-Anzüge geht weiter
Landw. Vertriebs-Ges. m. b. H., i. e.
Karlsruhe i. B. — Kaiserstr. 158 III.
Eingetroffen frische, große Eier
Stück Mk. 1.55
Bucherer
Uhlandstraße 21 | Goethestraße 23
Rörnerstraße 9 | Bürgerstraße 6
Markgrafenstr. 40 | Kronenstraße 10
Durlacherstr. 56 | Zähringerstr. 21
Schützenstraße 37 | Luisenstraße 34
Durlacher Allee 30 | Rudolfstraße 1
Gewigstraße 10 | Hundsdorferstr. 22
Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“

Ata
Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt Alles!
Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Ofen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.

Die kluge Hausfrau
wartet nicht länger, sondern kauft die nötigen
Einkochgläser
Einkochapparate usw.
ungehend bei 4561
C. F. Werner, Eisenhandlung
Gaggenau
Nur Deglerstrasse 3.

Geschlechtskranke
aller Art. lässt Euch rechtzeitig behandeln, dann ist Heilung möglich, auch in vorerkrankten Fällen. Leiden ansprechen, ausführliche Auskunft umsonst. Rückporto belegen. Dr. med. **Dammanus Hestankasten, Berlin, Potsdamerstr. 123 B.** Zweiganstalt für Behandlung (nicht Auskunft) **Stuttgart-Cannstadt, Aeusserer Moltkestr. 81, 9-11, 3-6, Sonntags 10-12.**

Geschäfte
und Häuser jeder Art stets zu verkaufen. 4536
W. Busam, Herrenstr. 33.

Zwei eigene Bettstellen
Kost. Bettliche Berggrasmatratze u. Polster für nur 1400 Mk. im Auftrag zu verkaufen.
W. Weinheimer
Kaiserstr. 81/83.

Höchste Preise
für Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Teppiche, Gardinen etc. etc.
zahlst stets **S. Axelrad**
Telefon 3980
Essenweinstr. 22, 2. St.

Schlafzimmer Speisezimmer
Küchen-Einrichtung
neu, in guter Qualität offeriert billigst
H. Guggenheim,
An- und Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 25, Telephon 4971.

Verlangen Sie überall
RIEMPP
fst. geröst. Kaffee
versch. Preislagen offen u. abgepackt
Mischung
mit 10-25-50%
Bohnenkaffee
1/2 Pfd. Pakete.
Kaffee-Zusatz
beste Rohstoffe
1/2 Pfd. Pakete.
CHRISTIAN RIEMPP
KARLSRUHE
KAFFEE-IMPORT-GROSSHANDEL
COLONIALENDEN-GROSSHANDEL
ESSIG-UND-SENFFABRIK
SEWÜRZMÜHLN
Sie erhalten Qualität!

Margarine Ebuka
per Pfund
12. —
erst
gute Butter
erhältlich in
Bucherer's
Filialen.

